

Übersichten

März 2002

Außenpolitik

1 Schlagabtausch um Menschenrechte – alle Jahre wieder ...

Wie jedes Jahr seit 1990 veröffentlichte das Außenministerium der Vereinigten Staaten auch in diesem Jahr Anfang März seinen jährlichen Bericht zur Menschenrechtslage in 190 Ländern der Welt. Ebenfalls wie jedes Jahr beschwor der Teil über China teils drastische Kritik aus diversen Kreisen der chinesischen Gesellschaft herauf. Von Wissenschaftlern, Diplomaten und Politikern der VR China wurde den USA vorgeworfen, sie würden mit einem derartigen Dokument dem allgemeinen Trend zuwider handeln, indem sie nicht Dialog, sondern Konfrontation über das Thema Menschenrechte suchten.

Die Differenzen in den Auffassungen Chinas und der Vereinigten Staaten in der Menschenrechtsfrage sollten und könnten auch ausschließlich nur auf dem Wege eines gleichberechtigten Dialogs beigelegt werden. Die Vorgehensweise der USA in dieser Frage sei hingegen einer gesunden Entwicklung

der Menschenrechte im internationalen Kontext abträglich. Damit liefen die USA Gefahr, sich selbst in eine Isolation zu manövrieren, so der Tenor der Stellungnahmen. Dieser Seitenhieb zielte auf die Tatsache ab, dass die USA in diesem Jahr erstmals nicht in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf vertreten sein werden, da sie im vergangenen Jahr aus diesem Gremium hinausgewählt worden waren. Im Übrigen wurden die US-Vorwürfe gegen China als im Wesentlichen haltlos abqualifiziert.

Jin Yongjian, der Präsident der Chinesischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, betonte in diesem Zusammenhang, die UNO habe deutlich hervorgehoben, dass Schutz und Förderung von Menschenrechten im Rahmen der UN-Charta und den Prinzipien der Vereinten Nationen gemäß ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder geschehen müssten. Die USA handelten mit ihren jährlichen Berichten demnach ohne jegliche internationale Legitimation. Da die Vereinten Nationen die Vereinigten Staaten weder um einen derartigen Bericht gebeten, noch diese zu Erstellung eines solchen autorisiert hätten, sei die Praxis der USA als ein deutlicher Verstoß gegen die UN-Charta zu bewerten.

Ein offizieller Protest von politischer Seite blieb jedoch aus. Außenminister Tang Jiaxuan ging auf den Bericht lediglich kurz in einem Interview am Rande der diesjährigen Sitzung des NVK ein. Seinen Worten zufolge handele es sich bei dem US-Bericht um eine Einmischung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unter dem Vorwand der Menschenrechte. Damit hätten die USA erneut einen typischen Akt des Unilateralismus vollzogen. Auf den Bericht selbst eingehend sagte Tang, mit ihren „unverantwortlichen Bemerkungen“ würden die USA sich ausschließlich der Menschenrechtslage in anderen Ländern widmen und zugleich die ernstesten Menschenrechtsprobleme im eigenen Land „vollkommen ignorieren“. Interessant und im Anspruch an Deutlichkeit kaum zu überbieten war die Bemerkung des chinesischen Außenministers, dass sein Land der Würde der Nation „extrem große Bedeutung beimesse“. Wollten China und

die Vereinigten Staaten das gegenseitige Vertrauen stärken und den Vereinbarungen der Gemeinsamen Kommuniqués folgen, müssten beide Seiten einander als Gleichrangige behandeln. (ZXS, 11.3.02, nach BBC PF, 12.3.02)

Abgesehen von Gegendarstellungen aus Kreisen chinesischer Wissenschaftler zum Vorwurf der Unterdrückung religiöser und ethnischer Minderheiten, der in dem US-Bericht an China erhoben wurde, fand öffentlich keine Auseinandersetzung mit der Thematik statt. Noch vorhandene Unvollkommenheiten der Menschenrechtssituation schrieben chinesische Kommentatoren den Beschränkungen zu, denen sich das Land als Entwicklungsland gegenüber sehe. Als Faktoren wurden hier Natur, Geschichte und der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung benannt.

China seinerseits veröffentlichte nur eine Woche nach dem amerikanischen Bericht seinerseits – was läge näher für eine mit den USA gleichrangige Nation – zum dritten Mal in Folge seinen jährlichen Bericht zur Menschenrechtssituation in den Vereinigten Staaten (vgl. C.a., 2001/3, Ü 1). Dieses vom Informationsbüro des Staatsrats vorgestellte Dokument prangert in sechs Abschnitten Menschenrechtsverletzungen im Jahr 2001 in den USA an. Bereits aus dem Vorjahr bekannt, ging es hier um „fehlenden Schutz für Leben, Freiheit und persönliche Sicherheit“, verbunden mit dem Vorwurf, in den USA seien Mord und Totschlag an der Tagesordnung, und das gesellschaftliche Klima sei gekennzeichnet von der Verherrlichung von Gewalt. „Ernstere Rechtsverletzungen seitens der Strafverfolgungsbehörden“ mit Fällen von Geständniserpresung durch Folter seitens der Polizei und Nötigung von Geschworenen seitens der vorsitzenden Richter werden ebenso angeprangert wie die ausgeprägte Stratifikation der amerikanischen Gesellschaft mit ihrer wachsenden Polarisierung zwischen Arm und Reich („Elend der Armen, Hungrigen und Wohnungslosen“). Wie schon im Vorjahr werden auch wieder die „besorgniserregende Situation von Frauen und Kindern“ sowie die „tiefwurzelnde rassische Diskriminierung“ und die „mutwilligen Eingriffe in die Menschenrechte anderer Staaten“ angeprangert.

Insbesondere der letztgenannte Abschnitt des chinesischen Berichts entbehrt angesichts der Stellung Chinas als Alliiertes der Vereinigten Staaten im Kampf gegen den Terrorismus nicht einer gewissen Pikanterie. Obgleich die Anti-Terror-Kampagne nicht thematisiert wird, kritisiert der Bericht in langen Passagen die Ausweitung von selbstformulierten Sicherheitsinteressen und internationaler Militärpräsenz der Vereinigten Staaten in „jeder Ecke der Welt“ nach dem 11. September 2001. Diese Kritik ist deutlicher Ausdruck des chinesischen Unbehagens über die Stationierung von US-Einheiten in seiner unmittelbaren Nachbarschaft sowie gegenüber dem gewachsenen Einfluss der USA in Südostasien. Abgesehen von dieser Thematik zeigt insbesondere das weitgehende Fehlen von regierungsamtlicher Kritik und diplomatischem Protest anlässlich der Veröffentlichung des US-Berichts, dass der chinesische Bericht über Menschenrechtsverletzungen in den Vereinigten Staaten offensichtlich primär das heimische Publikum zufrieden stellen sollte. (XNA, 11.3., 12.3.02; ZXS, 11.3.02, nach BBC PF, 12.3.02; ZXS, 13.3.02, nach BBC PF, 14.3.02; *The Straits Times* online, 12.3., 13.3.02) -kg-

2 Erneute Verärgerung über US-Taiwan-Beziehungen

Mit großer Verärgerung reagierte die chinesische Regierung auf verschiedene Anzeichen, die aus ihrer Sicht für einen engeren Schulterschluss der Vereinigten Staaten mit Taiwan sprechen. Nach Bekanntwerden eines Strategiepapiers des Pentagon Anfang März, wonach China im Falle eines bewaffneten Konflikts zum Ziel eines amerikanischen Atomwaffeneinsatzes zu werden droht (vgl. C.a., 2002/2, Ü 3), lieferte ein USA-Besuch des taiwanischen Verteidigungsministers Tang Yiau-ming (Tang Yaoming) den Stein des Anstoßes für einen offiziellen Protest Beijings.

Der chinesische Botschafter in den USA, Yang Jiechi, wurde Mitte März im amerikanischen Außenministerium vorstellig, um gegen den Besuch Tangs zu protestieren. Die Gewährung des Einreisevisums in die USA für den „so genannten“ Verteidigungsminister

Taiwans“ trotz chinesischer Proteste im Vorfeld habe bereits gegen das Ein-China-Prinzip verstoßen und eine Verletzung der Gemeinsamen Kommuniqués dargestellt. Eine besonders eklatante Verletzung der chinesischen Souveränitätsrechte und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik China seien jedoch mit der Teilnahme Tangs am „US-Taiwan Defence Summit“ und seinem Treffen mit hochrangigen Vertretern der amerikanischen Regierung gegeben.

Auch das chinesische Außenministerium bestellte den US-Botschafter Carl T. Randt ein. Li Zhaoxing, stellvertretender Außenminister der VR China, konkretisierte den Protest seines Landes über die bereits von Yang Jiechi in Washington vorgetragene Punkte hinaus. China könne es nicht hinnehmen, dass Vertreter der illegitimen Regierung Taiwans von Regierungsvertretern der US-Regierung empfangen würden. Insbesondere der Inhalt der Gespräche, von dem es hieß, es hätte sich u.a. um die Situation in der Taiwan-Straße gehandelt, stelle einen ersten Eingriff in die nationale Souveränität Chinas dar. Die Taiwan-Frage sei Dreh- und Angelpunkt der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und China, und die Vereinigten Staaten sollten sich darüber im Klaren sein, das China hier niemals zu Kompromissen bereit sei. Li warnte in diesem Zusammenhang ausdrücklich vor der Gewährung von Visa für geplante US-Besuche weiterer taiwanischer Militärvertreter und des „notorischen Störenfrieds“, des ehemaligen taiwanischen Präsidenten Lee Teng-hui (Li Denghui) sowie vor einer generellen Aufwertung der Beziehungen der USA zu Taiwan.

Letzteres sieht die chinesische Regierung mit dem Anfang März bekannt gewordenen Pentagon-Dokument als gegeben und verlangte von den USA entsprechend eine Erklärung. Man frage sich, was das nukleare Säbelraseln seitens der Vereinigten Staaten zu bedeuten habe. Schließlich hätte man in der Vergangenheit bereits Einigkeit darüber erzielt, dass man gegenseitig davon absähe, die Atomwaffenarsenale des jeweils anderen zum Ziel von Raketen zu machen. Des Weiteren hätten die USA mehrfach erklärt, sie hätten nicht die Absicht China zu bedrohen.

Die jetzt publik gewordene „nukleare Erpressung“ Chinas passe da keinesfalls ins Bild.

Die Gespräche zwischen Taiwan und den USA und das Pentagon-Papier werden in Beijing als Versuche der USA interpretiert, Taiwan in das regionale Verteidigungssystem der Vereinigten Staaten zu reintegrieren. Immerhin handelte es sich bei der Konferenzteilnahme des taiwanischen Verteidigungsministers Tang an der gemeinsamen Wehrkonferenz und seinen Gesprächen mit amerikanischen Regierungsvertretern um die ersten derartigen quasi-offiziellen Kontakte zwischen hochrangigen Vertretern der Verteidigungsministerien beider Seiten seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Jahr 1979. Aus China wurden daher Warnungen an die USA laut, diese sollten endlich Abstand von ihrer Mentalität des Kalten Krieges nehmen. China werde es keinesfalls hinnehmen, dass die Vereinigten Staaten mit Taiwan chinesisches Territorium als „stationären Flugzeugträger“ gegen die Volksrepublik missbrauche.

Verbunden mit dem diplomatischen Protest war die Drohung Chinas, den bis dato öffentlich bekannten Plan des Besuchs eines Schiffs der chinesischen Marine in den USA aufzugeben, was auch den später geplanten Gegenbesuch amerikanischer Flottenteile in einem chinesischen Hafen unmöglich machen würde. Während in chinesischen Think Tanks öffentlich darüber spekuliert wurde, die VR China könne bei fortgesetztem Mangel an Wohlverhalten seitens der USA auch das Anlaufen Hongkongs durch amerikanische Marineverbände untersagen und die bereits fest geplanten Reisen Hu Jintaos und Jiang Zemins im April/Mai bzw. im Oktober absagen, vertraten Kommentatoren in den USA die Ansicht, bei den Reaktionen aus Beijing handle es sich eher um Theaterdonner für ein heimisches Publikum im Vorfeld des 16. Parteitags im Herbst als um ernst zu nehmende Signale an die Adresse Washingtons. (Xinhua, 13.3.02, nach BBC PF, 14.3.02; XNA, 17.3.02; FAZ, 18.3.02; NZZ, 19.3.02; Xinhua, 19.3.02, nach BBC PF, 20.3.02; IHT, 20.3.02; SCMP, 19.3.02; ZXS, 21.3.02, nach BBC PF, 22.3.02; *The Straits Times* online, 18.3., 22.3.02) -kg-

3 Weitere deutliche Erhöhung des Verteidigungshaushalts

Anfang März verkündete der chinesische Finanzminister Xiang Huaicheng auf der diesjährigen Plenarsitzung des Nationalen Volkskongresses die Erhöhung des chinesischen Verteidigungshaushalts 2002 um 17,6%. Anders als noch im vergangenen Jahr blieben die besorgten Reaktionen sowohl in der Region als auch darüber hinaus allerdings weitgehend aus. Es scheint allgemein akzeptiert, dass die neuerliche Erhöhung tatsächlich zu einem großen Teil der Erhöhung des Solds und der Verbesserung der Lebensbedingungen von Soldaten und deren Angehörigen zugute kommen soll, wie beispielsweise der stellvertretende Direktor der Abteilung Allgemeine Logistik der Volksbefreiungsarmee, Sun Zhiqiang, ausführte.

Bereits vor dem offiziellen Beschluss zur Erhöhung des Militärbudgets waren die Ausgaben für die Verpflegung der Armeeingehörigsten um 20% angehoben worden. Den Ausführungen Suns gemäß entspricht dies zusätzlicher Kosten von einem Yuan pro Soldat und Tag. Allein diese Mehrkosten werden aufs Jahr gerechnet mehr als 900 Mio. Yuan RMB der für den Verteidigungshaushalt bereitgestellten 166 Mrd. Yuan RMB (ca. 23,3 Mrd. Euro) ausmachen. Insgesamt bleibt es für das chinesische Militär nach wie vor dringend notwendig, die Kluft zwischen der Entwicklung ziviler und militärischer Einkommen zu verringern, sollen die Pläne für die Modernisierung der chinesischen Verteidigung nicht am Mangel gut ausgebildeten Personals scheitern.

Trotz der bereits im Vorjahr in ähnlicher Höhe vollzogenen Anhebung des Verteidigungshaushalts entsprach die aufgewendete Summe 2001 nur moderaten 1,37% des in diesem Jahr erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts. 2002 soll das Militärbudget gemäß den derzeitigen Planungen und Prognosen bei 1,6% des BIP liegen. Nicht in dieser Summe enthalten sind allerdings Aufwendungen für Waffenkäufe im Ausland. Schätzungen sprechen daher von tatsächlichen Verteidigungsaufwendungen, die den ausgewiesenen Haushalt in der Regel um das Zweieinhalbfache bis zum Fünffachen übersteigen. Weitgehend

akzeptiert ist hier international etwa der Faktor 3.

Im Zentrum der chinesischen Rüstungsanstrengungen steht zweifellos die Taiwan-Frage. Man sieht Taiwan in Beijing auf einem Kurs in die faktische Unabhängigkeit, was ein militärisches Eingreifen Chinas eventuell unausweichlich werden lassen könnte. Allerdings ist man sich auch bewusst, dass ein Angriff auf Taiwan das Eingreifen der USA zur Folge hätte. Die langfristige doppelte Strategie Chinas zielt entsprechend auf den Aufbau von Angriffskapazitäten gegen Taiwan und die Neutralisierung der amerikanischen Schutzfunktion für die Insel ab.

Nicht nur eine mögliche militärische Lösung der Taiwan-Frage steht im Zentrum der seit Beginn der neunziger Jahre kontinuierlich betriebenen Modernisierung der chinesischen Armee. Schließlich ist aus Sicht Chinas eine friedliche Wiedervereinigung durchaus möglich, scheinen doch insbesondere die gesunde Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und die wachsende ökonomische Interdependenz zwischen dem Festland und der Insel den Beijinger Ambitionen durchaus förderlich zu sein.

Auch die chinesische Konzeption von Landessicherheit hat sich deutlich gewandelt. Nicht erst seit dem 11. September 2001 ist der chinesischen Militärführung klar, dass im nationalen Sicherheitskonzept Faktoren jenseits einer militärischen Bedrohung seitens eines anderen Staates an Bedeutung gewonnen haben. Hochrangige Vertreter der chinesischen Armee identifizieren inzwischen terroristische Organisationen, Drogenschmuggler, Computerhacker, transnationale Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen gleichermaßen als Akteure, die die nationale Sicherheit Chinas beeinträchtigen könnten. Hinzu kommt auf Seiten des chinesischen Militärs die wachsende Furcht vor der wehrzersetzenden Kraft des sozioökonomischen Wandels in China auch bei den Angehörigen der Armee. Anders sind die seit geraumer Zeit wieder deutlich hörbaren Rufe nach stärkerer ideologischer Schulung als Waffe gegen „ideologische Degeneration“ in der Armee kaum zu interpretieren. Selbst Lei Feng, sozialistischer Musterheld und

Kunstfigur, wurde zu diesem Zweck wieder aus der Mottenkiste der Propaganda geholt.

Nationale Sicherheit, so sieht es die Militärführung, sei im Zeitalter der Globalisierung jedoch nicht mehr auf militärische Sicherheit allein zu beschränken. Vielmehr müssten politische, wirtschaftliche, militärische, soziale Sicherheit ebenso bedacht werden wie die Sicherheit im Bereich der Finanzen, der Energie, der Umwelt und nicht zuletzt hinsichtlich der öffentlichen Meinung. Insbesondere im Zusammenhang mit dem letztgenannten Punkt trug die Utilisierung der Medien im Golfkrieg seitens der USA sowie in militärischen Kampagnen der Folgejahre offensichtlich entscheidend zur Meinungsbildung innerhalb der chinesischen Regierung und der Militärführung bei.

Während die Falken in den USA angesichts der Erhöhung des chinesischen Militärbudgets trotz deutlich höherer Steigerungen im Verteidigungsbudget des eigenen Landes weiterhin von einer chinesischen Gefahr sprechen, raten andere zu einer realistischeren Einschätzung und zu größerer Akzeptanz der chinesischen Ambitionen seitens der Vereinigten Staaten. Ganz in diesem Sinne rief Henry Kissinger dazu auf, die USA sollten nicht versuchen, China auf seinem Weg zu einer Supermacht zu hindern. Beide Länder könnten im Falle einer Konfrontation nur verlieren. Kissinger sieht Chinas Aufstieg zur Supermacht langfristig als unabwendbar an und appellierte in diesem Zusammenhang für mehr Realismus in Washington. Schließlich gäbe es kein historisches Gesetz, nach dem die Vereinigten Staaten ewig die einzige Supermacht der Welt sein werden. (FT, 5.3.02; AFP, 3.3.02, nach FBIS, 4.3.02; AFP, 7.3.02, nach FBIS, 8.3.02; *The Straits Times* online, 7.3.02; Xinhua, 10.3.02, nach BBC PF, 14.3.02; ZXS, 7.3.02, nach FBIS, 8.3.02; Xinhua, 12.3.02, nach BBC PF, 13.3.02; IHT, 15.3.02) -kg-

4 Beijing überrascht von konzertierter Aktion für Nordkoreaner

Als hätte die Einschätzung von chinesischen Militärexperthen, Nichtregie-

rungsorganisationen könnten zu einer Bedrohung der nationalen Sicherheit beitragen (vgl. Übersicht 3), einer Bestätigung bedurft, hatte am 14. März eine konzertierte Aktion verschiedener ausländischer Menschenrechtsorganisationen einer Gruppe von 25 Nordkoreanern die Flucht in die spanische Botschaft in Beijing ermöglicht. 14 erwachsene und 11 minderjährige Nordkoreaner hatten in einer länger geplanten und generalstabsmäßig vorbereiteten Aktion die chinesischen Wachposten überrascht und waren durch das offene Eingangstor auf das Gelände der spanischen Vertretung gerannt. Dort verlangten sie die Anerkennung als politisch Verfolgte und riefen die internationale Gemeinschaft um Hilfe an.

Wie erst später bekannt wurde, soll die Erstürmung der spanischen Botschaft unter Beteiligung von insgesamt 100 Aktivisten verschiedener Menschenrechtsorganisationen aus Japan, Südkorea, Deutschland, Belgien, Frankreich und anderen Staaten vorbereitet und durchgeführt worden sein. So war nach Aussagen eines deutschen Arztes, der ebenfalls an der Vorbereitung beteiligt gewesen war, zunächst geplant gewesen, die deutsche Botschaft zu erstürmen. Aufgrund der dort bestehenden stärkeren Sicherheitsvorkehrungen hätte man sich jedoch kurzfristig für die spanische Vertretung entschieden. Der amerikanische Nachrichtensender wäre vorab von der Aktion informiert gewesen, um ein ausreichendes weltweites Medienecho zu gewährleisten. CNN-Reporter waren denn auch zum Zeitpunkt des Geschehens vor Ort und machten Videoaufzeichnungen, die später ausgestrahlt wurden. Nach der Flucht der 25 in die Botschaft Spaniens wurde in Südkorea der Nachrichtenagentur Yonhap ein vorgefertigtes englisches Statement der 25 Flüchtlinge zugespielt.

Nach Aussagen seitens der Menschenrechtsorganisationen sei die Flucht in die Botschaft organisiert worden, um die chinesische Regierung unter Druck zu setzen. Die Organisationen, die sich die Hilfe für nordkoreanische Flüchtlinge auf die Fahnen geschrieben haben, wollten damit gegen die chinesische Abschiebungspraxis für illegal nach China eingereiste Nordkoreaner protestieren und die

Regierung in Beijing durch öffentlichen Druck dazu bewegen, die Schaffung von Flüchtlingslagern in Nordostchina zu gestatten, für die diese Organisationen seit längerer Zeit eintreten. Auch der Termin wenige Tage vor der Eröffnung der diesjährigen Sitzung der UN-Menschenrechtskommission (vgl. Übersicht 5) war demnach mit Bedacht ausgewählt worden, um zu verhindern, dass China eine Abschiebung der Botschaftsflüchtlinge nach Nordkorea betreiben könnte.

Die chinesische Regierung befand sich damit tatsächlich in einer diplomatischen Zwickmühle. War sie einerseits nicht an negativen Berichten in der internationalen Presse interessiert, besteht andererseits doch ein Repatriierungsabkommen mit dem alten Verbündeten Nordkorea. Des Weiteren befürchtet Beijing bereits seit dem ersten Vorfall dieser Art (vgl. C.a., 2001/7, Ü 5), eine aus Sicht der Flüchtlinge positive Lösung werde noch mehr Nordkoreaner zum illegalen Grenzübertritt nach China und zur Nachahmung motivieren. Diese Befürchtungen könnten durchaus bald Wirklichkeit werden, glaubt man den Aussagen von Menschenrechtsaktivisten, wonach weitere derartige Aktionen mit bis zu 150 Personen je Gruppe geplant sind.

Während China aus Rücksicht auf die Befindlichkeiten im sozialistischen Bruderstaat Nordkorea die 25 Flüchtlinge weder als solche anerkennen konnte noch deren direkter Ausreise nach Südkorea zustimmen konnte, war das Interesse an letzterem auch auf Seiten der Regierung Südkoreas selbst nicht besonders groß. Hier fürchtete man, dies könnte die dringend gewünschte Wiederaufnahme des bilateralen Dialogs weiter gefährden. Die Drohung eines Teils der Flüchtlinge in der spanischen Vertretung, im Falle einer Abschiebung nach Nordkorea Selbstmord begehen zu wollen, trug nicht unerheblich zur Verschärfung der Situation bei.

Nach diplomatischem Tauziehen hinter den Kulissen wurde der Gruppe schließlich kurzfristig die Ausreise in die Philippinen ermöglicht. Die chinesische Regierung unterließ es jedoch nicht, deutlich darauf hinzuweisen, dass es sich bei den 25 Personen, die sich illegal in China aufge-

halten hätten und sich ebenso illegal Zutritt zur spanischen Botschaft verschafft hätten, aus ihrer Sicht keinesfalls um politische Flüchtlinge, sondern vielmehr um illegale Arbeitsmigranten gehandelt habe. Auch könne die gefundene Lösung mitnichten als Präzedenzfall für etwaige zukünftige Vorfälle dieser Art gewertet werden.

Nach der Ausreise der Flüchtlingsgruppe, deren Mitglieder nach eigenen Aussagen zum Teil bereits zuvor einmal aus China nach Nordkorea abgeschoben worden waren und dort mehrmonatige Gefängnisstrafen abgesessen hatten, intensivierten chinesische Sicherheitskräfte im letzten Märzdrittel nach Auskünften aus diplomatischen Kreisen und seitens Hilfsorganisationen die Fahndung nach Nordkoreanern. Unbestätigten Angaben zufolge seien an diesen Aktionen auf chinesischem Boden auch nordkoreanische Sicherheitskräfte beteiligt gewesen.

Eine verdeckt im Nordosten Chinas tätige südkoreanische Missionsgruppe berichtete, die Fahndung erfolge flächendeckend, und Nordkoreaner seien mehrmals täglich mit Lastwagen über die Grenze in ihr Herkunftsland deportiert worden. Im Zuge einer Demonstration von ca. 100 Aktivisten der an der Flucht in die spanische Botschaft beteiligten Gruppen in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul, konnte ein Eindringen der Demonstranten in die chinesische Botschaft nur durch den Einsatz von massiven Polizeikräften verhindert werden. Die Teilnehmer an der Demonstration, darunter auch der bereits an der Aktion in Beijing beteiligte deutsche Arzt, hatten gegen die Fahndungs- und Abschiebungskampagne in Nordostchina protestiert und wollten auch dem chinesischen Botschafter eine Protestschrift überreichen.

Der chinesische Botschafter in Seoul, Li Bin, warnte im Anschluss an den Protest seinerseits die südkoreanische Regierung vor einer empfindlichen Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Staaten, sollte Südkorea Menschenrechtsgruppen nicht an der Unterstützung von Nordkoreanern hindern. (Yonhap, 14.3.02, nach BBC PF, 15.3.02; FT, 15.3., 16.3.02; AWSJ online, 15.3.02; FAZ, 16.3.02; NZZ, 16.3.02; *The Straits Times* online, 16.3.02; XNA, 16.3.02;

HB, 20.3.02; *The Korea Times* online, 15.3.02, nach FBIS, 18.3.02; AFP, 15.3.02, nach FBIS, 18.3.02; *The Korea Herald* online, 18.3.02, nach FBIS, 19.3.02; AFP, 25.3.02, nach FBIS, 26.3.02; IHT, 21.3., 22.3.02) -kg-

5 Menschenrechte, Minderheiten und Terrorbekämpfung – deutsche Themen

Am 20. März übernahm der deutsche Außenminister Joschka Fischer vor der jährlichen Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf die Rolle des Anklägers der Volksrepublik China, die bisher traditionell von den in diesem Jahr erstmalig nicht vertretenen USA ausgefüllt wurde. Fischer beklagte in seiner Rede mit deutlichen Worten anhaltende Menschenrechtsverletzungen seitens der chinesischen Regierung. Er thematisierte das Thema Todesstrafe und rief die chinesische Regierung zu einem Moratorium mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung auf. Weiterhin müsse Beijing endlich entscheidende Schritte zur Umsetzung der beiden von China unterzeichneten UN-Menschenrechtskonventionen einleiten.

Zu beklagen seien nach Fischers Worten insbesondere Übergriffe auf ethnische und religiöse Minderheiten. Scharf kritisierte er staatliche Repressionen gegen Mitglieder christlicher Kirchen und Anhänger von Falun Gong und rief zu deren Beendigung auf. Für Tibet und Xinjiang forderte Fischer die Gewährung substantieller Autonomierechte für die indigenen Ethnien der Tibeter und Uiguren von der chinesischen Regierung.

Am selben Tag besuchte Chi Haotian als erster Verteidigungsminister der Volksrepublik China Deutschland und warb im Gespräch mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse um Verständnis und Unterstützung in Chinas Kampf gegen den Terrorismus in China. Chi informierte Thierse über die chinesische Kampagne gegen die „ostturkestanischen terroristischen Kräfte“ und betonte in diesem Zusammenhang, das chinesische Vorgehen richtete sich gegen eine transnationale Terrororganisation, weshalb der Kampf international geführt werden sollte. Thierse pflichtete dem Gast jedoch

nur insofern bei, als auch er die Wichtigkeit internationaler Zusammenarbeit gegen den Terrorismus betonte.

Ebenfalls am 20. März traf Chi mit seinem deutschen Amtskollegen Rudolf Scharping zusammen, den er u.a. über den Aufbau der chinesischen Armee unterrichtete. Chi betonte, die Beziehungen zwischen den Armeen beider Länder, die während der vergangenen Jahre durch vielfältige Kontakte auf unterschiedlicher Ebene an Tiefe gewonnen hätten, seien ein wichtiger Bestandteil der bilateralen Beziehungen zwischen seinem Land und der Bundesrepublik Deutschland. China sei bereit, den Austausch auf diesem Gebiet weiter zu intensivieren. (NZZ, 21.3.02; Xinhua, 21.3.02, nach BBC PF, 23.3.02) -kg-

6 EU-Chinastrategie bis 2006

Am 1. März 2002 bestätigte die Europäische Kommission das neue China Strategy Paper (CSP) der Europäischen Union. Mit diesem Dokument wird der Rahmen für die EU-China-Politik der kommenden vier Jahre bis einschließlich 2006 sowie für ein koordiniertes Vorgehen der EU-Mitgliedsstaaten festgelegt. Das Strategiepapier beinhaltet Vorgaben für die Umsetzung der bilateralen Kooperation mit China, welche die Durchsetzung der politischen Ziele der EU gegenüber China stärken sollen. Dazu zählt die weitere Integration der VR China in die Weltwirtschaft und das internationale Handelssystem ebenso wie die Unterstützung von politischen Entwicklungen in China, die zur Entstehung einer offenen Gesellschaft auf der Grundlage der Herrschaft des Rechts und der Einhaltung der Menschenrechte führen.

Der für die Außenbeziehungen der Europäischen Union zuständige Kommissar und ehemalige britische Gouverneur von Hongkong, Chris Patten, erklärte in einer Pressemitteilung, er hoffe, die Partnerschaft zwischen der EU und China werde zu einem stärkeren Engagement Chinas in der internationalen Gemeinschaft führen und den Übergang in eine offene Gesellschaft fördern.

Das Strategiepapier gibt darüber hinaus Richtlinien für die Planung, Implementierung und Evaluation der

EU-Programme im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit China vor, für die bis 2006 ein Gesamtetat von 250 Mio. Euro bereitgestellt wurde.

Die Rahmenplanung für die Entwicklungskooperation der nächsten drei Jahre bis 2004 wurde mit dem zeitgleich angenommenen National Indicative Programme 2002-2004 China festgelegt (vgl. Dokument in diesem Heft). Danach ergeben sich für die gesamte EU und für die Programme der einzelnen Mitgliedsstaaten drei prioritäre Felder der Zusammenarbeit mit Beijing. Die Hälfte des jährlichen Entwicklungshilfebudgets der EU für China im Umfang von 50 Mio. Euro sollen demnach für die Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen in China bereitgestellt werden. Dabei sollen insbesondere Projekte durchgeführt werden, die zu einer Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Institutionen Chinas beitragen können. China soll darin unterstützt werden, seine Verpflichtungen als neues Mitglied der WTO einhalten zu können. Unterstützung sollen auch Initiativen zur Reform der sozialen Sicherungssysteme und zur Armutsbekämpfung finden, um die negativen Begleiterscheinungen des wirtschaftlichen Reformprozesses abzufedern.

Der Förderung der nachhaltigen Entwicklung werden 30% des Budgets zur Verfügung stehen. Hier soll es in erster Linie darum gehen, einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichem Wachstum, gesellschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz zu unterstützen. Unter dem Stichwort Good Governance sollen über die kommenden drei Jahre und unter Einsatz von 20% der zur Verfügung gestellten Mittel solche Initiativen gefördert werden, die zur Verbreitung der Herrschaft des Rechts, zur Ausweitung von demokratischen Praktiken auf der Graswurzelebene, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zum Schutz von wirtschaftlichen, sozialen, politischen und bürgerlichen Rechten beitragen können. Hier sollen auch Projekte von Nichtregierungsorganisationen finanziell unterstützt werden.

Als konkrete Aktionen für EU-Programme der kommenden drei Jahre wurden die WTO-Kooperation, die

Förderung der Informationsgesellschaft, die Sozialreform, Erziehung und Ausbildung, Politikberatung für Umweltschutz, Schutz der biologischen Vielfalt, Gewässerschutz sowie die Förderung der Zivilgesellschaft benannt. Erstmals steht auch die Bekämpfung der illegalen Migration und des Menschen schmuggels auf der Agenda. Hier wirken die Bilder der 58 chinesischen Migranten aus Fujian nach, die bei ihrem mit Hilfe kommerziell agierender Schleuser organisierten Versuch der illegalen Einreise nach Großbritannien ums Leben gekommen und deren Leichen in Dover entdeckt worden waren. (XNA, 3.3.02; http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/csp/, Aufruf: 11.4.02) -kg-

7 Erhebliche Kürzung japanischer Entwicklungshilfe an China

Nach japanischen Presseberichten wurden im abgelaufenen Fiskaljahr 2001 (Ende 31.3.2002) die zinsgünstigen Kredite als Beitrag zur Entwicklungshilfe der japanischen Regierung an China gegenüber dem Vorjahr um 25% verringert. Dieses Faktum konstituiert die größte Kürzung dieses Hauptinstruments der japanischen Entwicklungshilfeleistungen an China seit der Aufnahme der staatlichen Unterstützung mit Yen-Krediten im japanischen Fiskaljahr 1979. Dem Bericht zufolge besaßen die japanischen Kreditleistungen 2001 an China in diesem Rahmen ein Gesamtvolumen von 160 Mrd. Yen (2,2 Mrd. US\$).

Die beiden anderen Bestandteile der japanischen Entwicklungshilfe an China, Schenkungen und technische Hilfsleistungen, seien hingegen 2001 im Umfang gewachsen, woraus ein Gesamttrückgang der Entwicklungshilfe seitens der japanischen Regierung um 17% gegenüber dem Vorjahr resultierte. Schenkungen und technische Hilfen fallen traditionell jedoch erheblich geringer aus als Vorzugskredite. Im abgelaufenen Fiskaljahr beliefen sie sich lediglich auf einen Gegenwert von 15 Mrd. Yen bei einem Gesamtumfang der Leistungen an China von 175 Mrd. Yen.

Noch vor Ablauf des japanischen Fiskaljahrs 2001 erfolgte Anfang März

diesen Jahres eine japanische Schenkung medizinischer Ausrüstung im Wert von ca. 10 Mio. US\$ an Krankenhäuser der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing. Ausrüstung und Apparaturen sollen hier insbesondere der medizinischen Versorgung von Schwangeren, Müttern und Kindern dienen, da Qualität und Quantität in diesem Bereich des chinesischen Gesundheitssystems trotz erheblicher Verbesserungen während der letzten Jahre insbesondere im unterentwickelten Westen Chinas noch große Defizite aufwiesen.

In Japan wird der Rückgang der Kreditleistungen allgemein in erster Linie einer Neubewertung der Entwicklungshilfe an die VR China durch die regierende LDP im Lichte wachsender Militärhaushalte und hoher wirtschaftlicher Zuwachsraten in China zugeschrieben. Angekündigt worden waren derartige Schritte bereits als Reaktion auf die zweistellige Anhebung des chinesischen Verteidigungshaushalts im März 2001.

Für das laufende Fiskaljahr 2002 geht man von einer Anhebung der nicht rückzahlbaren Hilfen um 25% gegenüber 2001 auf insgesamt 6 Mrd. Yen aus, während der Umfang der technischen Unterstützung im Wesentlichen stagnieren soll. Aus Regierungskreisen verlautete allerdings, insbesondere über die voraussichtliche Höhe weiterer zinsgünstiger Entwicklungshilfedarlehen an die VR China, im laufenden Fiskaljahr sei bislang noch nicht endgültig entschieden worden.

Das chinesische Außenministerium ließ Mitte März durch Sprecher Sun Yuxi offiziell seine Dankbarkeit für die japanische Unterstützung ausdrücken. Nach Suns Worten habe die japanische Hilfe eine bedeutende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung in der Volksrepublik gespielt und läge darüber hinaus im Interesse beider Seiten. (*The Straits Times* online, 13.3.02; XNA, 5.3.02) -kg-

8 Weiter Uneinigkeit über unidentified Schiffswrack

Das am 22. Dezember 2001 von der innerhalb der chinesischen Wirtschaftsgewässer südöstlich von Shanghai nach einem Feuergefecht mit der japanischen Küstenwache gesunkene

Schiff unbekannter Herkunft, sorgt weiter für Reibung zwischen China und Japan. Die japanische Regierung vermutet, das versenkte Schiff sei nordkoreanischer Herkunft gewesen und habe einen Spionageauftrag gegen Japan ausgeführt oder sei zum Schmuggel von Rauschgift benutzt worden. Die chinesische Seite beteiligte sich bislang nicht an derartigen Spekulationen, beharrt jedoch auf ihrem Standpunkt, dass eine Suche nach dem Wrack und etwaige Hebung desselben einen Eingriff in die Souveränität der Volksrepublik China darstellen würde.

Ende Februar hatte die japanische Seite mittels Sonarortung mit der Suche nach dem versunkenen Schiff in der chinesischen Wirtschaftszone begonnen. Nach erfolgreicher Ortung wurden Filmaufnahmen mit einer Unterwasserkamera gemacht, die aber offensichtlich keinen endgültigen Schluss über Herkunft und Aufgabe des Schiffes liefern konnten. Auf die Ankündigung Japans, Ende April Taucher zum Wrack hinunterschicken zu wollen und eventuell eine Bergung durchzuführen, reagierte der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan am 6. März im Rahmen einer Pressekonferenz ungehalten. Er verwehrt sich für sein Land ausdrücklich gegen die japanischen Pläne zur Hebung des Schiffes und erklärte das starke Missfallen auf chinesischer Seite über die Versenkung des Bootes durch Japan in chinesischen Wirtschaftsgewässern. Er verband mit dieser Erklärung die Warnung an die japanische Regierung, nicht zu tun, was die Situation eskalieren lassen könnte. Tang machte jedoch keinerlei Ausführungen dazu, was China von der japanischen Seite in dieser Sache konkret erwarte. Bereits zuvor hatte Außenministeriumssprecher Kong Quan erklärt, man sei in engem diplomatischen Austausch über diese Angelegenheit, Japan müsste jedoch in jedem Fall die chinesischen Interessen und Bedenken bei der Behandlung des Vorfalles in vollem Umfang respektieren.

Tang hatte in der Pressekonferenz der japanischen Küstenwache vorgeworfen, sie hätte in überstürzter und unbesonnener Weise das Feuer auf das unbekannte Schiff eröffnet und so das Sinken herbeigeführt. Gegen diese Darstellung protestierte der stellvertretende japanische Außenminister

Yukio Takeuchi jedoch energisch. Er erklärte, es hätte sich vielmehr so verhalten, dass ein Patrouillenboot der japanischen Küstenwache von dem später gesunkenen Schiff unter Beschuss genommen worden wäre. Während des Vorfalls von japanischer Seite angefertigte Videoaufnahmen würden belegen, das die angegriffene japanische Küstenwache in Notwehr gehandelt hätte. (XNA, 27.2.02; Kyodo News Service, 6.3.02, nach BBC PF, 7.3.02; Kyodo News Service, 8.3.02, nach BBC PF, 9.3.02) -kg-

9 Indischer Außenminister reist mit erstem Linienflug nach China

Die Eröffnung der ersten Direktflugverbindung zwischen Indien und China Ende Februar nahm der indische Außenminister Jaswant Singh zum Anlass für seinen fünftägigen Besuch in China. Singh traf in Beijing mit seinem chinesischen Amtskollegen Tang Jiaxuan und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Qian Qichen zu getrennten Konsultationen zusammen, bevor er in die Hauptstadt der Provinz Shanxi, Taiyuan, weiterreiste, um dort Gespräche mit Zhu Rongji zu führen und seinen Besuch dann in Shanghai zu beschließen.

Beide Seiten betonten, die nun aufgenommene Flugverbindung werde zu einem wachsenden Verständnis füreinander beitragen. Desgleichen betonte Singh, er erwarte dasselbe von einer Ausweitung des bilateralen Handels, der mit einem jährlichen Volumen von lediglich 3,6 Mrd. US\$ erhebliches Wachstumspotenzial biete. Beide Seiten kamen daher überein, den Warenaustausch zwischen den beiden Staaten zu fördern. Dazu sollen auch gegenseitige Erleichterungen für die Erteilung von Visa dienen. Zu einem besseren Verständnis des südlichen Nachbarn soll in China darüber hinaus der Tourismus beitragen. Während Singhs Besuch kündigte die chinesische Regierung an, Indien werde der Liste der möglichen Zielländer für chinesische Auslandstouristen hinzugefügt, was der indische Außenminister ausdrücklich begrüßte.

Bei der Chinareise Singhs handelte es sich um eine Erwiderung zum Besuch Zhu Rongjis in Indien im Januar die-

ses Jahres. Im Gespräch mit Tang Jiaxuan wurde dem Vernehmen nach eine Vielzahl bilateraler Themen angesprochen, darunter auch der Fortgang der Verhandlungen über die Festlegung der gemeinsamen Grenze. Eines der wichtigsten Ergebnisse dürfte jedoch die Festlegung des ersten Termins für bilaterale Gespräche zur Terrorismusproblematik sein, die am 23. April in Neu-Delhi stattfinden sollen. Das Treffen wird von chinesischer Seite vom Generaldirektor der Asienabteilung im Außenministerium wahrgenommen werden. Der transnationale Terrorismus war eines der entscheidenden Themen der Unterredungen.

Der Etablierung eines Dialogmechanismus zur Terrorismusbekämpfung zwischen Indien und China ist große Bedeutung auch im Kräfteparallelogramm mit Russland und den USA beizumessen. Die Volksrepublik China unterhält einen derartigen formalisierten Dialog ansonsten bislang nur mit diesen beiden Staaten. Während die Nachricht darüber in Indien über die Medien verbreitet wurde, fehlte in den chinesischen Massenmedien jedoch jeder Hinweis darauf. In Beijing überwogen offensichtlich die Bedenken hinsichtlich der Aufnahme einer solchen Nachricht in Pakistan, das eine engere Zusammenarbeit zwischen China und Indien in dieser Frage als kontraproduktiv für die eigenen Interessen bewerten könnte.

Auch in dem Gespräch mit Zhu Rongji in Taiyuan ging es vornehmlich um Maßnahmen zur gegenseitigen Vertrauensbildung. Der bereits im Rahmen des Besuchs Zhus in Indien zu diesem Zweck vereinbarte bilaterale Dialogmechanismus wurde konkretisiert. Verschiedene für die kommenden sechs Monate geplante hochrangige Treffen zu unterschiedlichen Themenbereichen sollen diese Dialogarchitektur erstmalig in der Geschichte der bilateralen Beziehungen mit Leben erfüllen. Einen vergleichbar intensiven formalisierten bilateralen Austausch pflegt Indien derzeit lediglich mit Russland und den Vereinigten Staaten. Der Austausch in Sicherheitsfragen soll im Juli oder August in Beijing aufgenommen werden.

Als Zeichen des guten Willens auf der chinesischen Seite gilt nicht nur die für Ende des Jahres geplante China-

reise des indischen Premierministers Atal Behari Vajpayee. Als entscheidendes Signal wird gewertet, dass China auch einem Besuch durch den indischen Verteidigungsminister George Fernandes zu einem „für beide Seiten günstigen Termin“ zugestimmt hat. Eine Reihe von Aussagen Fernandes' über die chinesische Bedrohung hatte 1998 zu großer Verärgerung auf chinesischer Seite geführt. (PTI, 29.3.02, nach BBC PF, 30.3.02; PTI, 30.3.02, nach BBC PF, 31.3.02; Xinhua, 30.3.02, nach BBC PF, 31.3.02; Doordarshan TV, 30.3.02, nach BBC PF, 31.3.02) -kg-

Innenpolitik

10 Jahrestagungen des NVK und der Politischen Konsultativkonferenz

Zu den jährlichen Plenartagungen kamen in der ersten Märzhälfte insgesamt über 5.300 Delegierte des Nationalen Volkskongresses (5. bis 15. März) und der Politischen Konsultativkonferenzen (3. bis 14. März) in Beijing zusammen. Das zeremonielle Ereignis der „zwei Tagungen“ (*liang hui*), das von rund 2.500 in- und ausländischen Journalisten beobachtet wurde, bildete auch in diesem Jahr einen prominenten Anlass für hochrangige Vertreter aus Regierung und Partei, sich zu einschlägigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Themen autoritativ zu äußern. Ein ausführlicher Beitrag im hinteren Teil dieses Heftes fasst die wichtigsten Inhalte der politischen Ankündigungen und Debatten während der fünften und damit letzten Plenartagung des IX. NVK zusammen. -hol-

11 Schwere Arbeiterunruhen in Nordostchina – Die Kehrseite der Unternehmensreform

Nach Berichten internationaler Medien ist es im Verlauf des März in zwei Provinzen im Nordosten Chinas zu schweren Arbeiterunruhen gekommen. So weit bekannt ist, handelte es sich bei den Unruhen, die in Daqing in der Provinz Heilongjiang und in Liaoyang